

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Tagespost, 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., einsch. Umrahmung. Schwermeter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größerer Umfangs werden tags vorher erbeten.
Eleg.-Abreise: Zeitung Annaburgbehalte.

Nr. 90.

Donnerstag, den 28. Juli 1932.

35. Jahrg.

Die Notverordnungen sollen fallen

Beseitigung der Notverordnungen.

Eine Zusage des Kanzlers in einem Reichsrecht mit Augenblick.

Am Anchluss an eine politische Besprechung hat der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Eugen Berg, dem Reichskanzler v. Papen ein Schreiben ergötzt, in dem er die Aufhebung der von dem Kabinett v. Papen am 14. Juni erlassenen Notverordnung mit der Vermögenssteuer fordert. Weiter hat Dr. Eugen Berg in diesem Schreiben die Aufhebung der von der abgetretenen preussischen Regierung erlassenen Notverordnung verlangt, die erhebliche Belastungen für die Beamtenchaft, die Schlachtfleuer und den Wegfall der Konzessionssteuerberechtigung brachte.

In dem Brief an den Kanzler betont Dr. Eugen Berg, daß er an zwei Maßnahmen der Regierung v. Papen Grund zur Kritik habe: einmal an der Notverordnung vom 14. Juni, dann am Abschluß von Lausanne.

Ich weiß, daß die Regierung Brüning in einem Augenblick zurückgetreten ist, in dem die öffentlichen Kassen leer und Deutschland bankrotter war. Sie, Herr Reichskanzler, haben ein Trümmerfeld übernommen. Trotzdem können wir der Art nicht zustimmen, in der die Finanzfrage angefaßt ist. Wir legen Wert darauf, lokal das einzustellen, was wir zur Zeit des Young-Kampfes versprochen haben: unterdessen nichts dazu beizutragen, das Volk durch den Young-Plan verelenden zu lassen. Deshalb können wir die Finanzmaßnahme der Notverordnung vom 14. Juni 1932, wie letzterzeit schon ausgesprochen, nicht gutheißen. Die Notverordnung enthält Sätzen, die bei vielen Betroffenen eine verzweifelte Lage erzeugen. Der erste, fortwährende Schritt zur Beseitigung unangenehmer Sätze auf Grund eines Zusammenwirkens der Reichs- und der preussischen Regierung die Aufhebung der preussischen Finanznotverordnung vom 8. Juni 1932 sein. Der jetzige Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist um so unbefriedigender, als damit zunächst keinerlei Aufgaben und Pflichten verbunden waren. Auf solche wartete das ganze Volk. Nach meiner Auffassung ist die dringende Maßnahme eine grundlegende und jeden künftigen staatlichen Eingriff in die Privatverhältnisse ausschließende Regelung der bestehenden Schuldverhältnisse. Mit einem sofortigen Vorgehen dieser Art würden auch die Gefahren größtenteils abgeborsten sein, die mit den Ergebnissen von Lausanne verknüpft sind. Wir wissen, daß auch diese durch die Sinterlassenheit des Kabinetts Brüning fast beeinträchtigt waren, aber schon der Mangel, den jetzt Zentrum und Sozialdemokratie mit Lausanne treiben, zeigt, daß unser Überdacht berechtigt war.

Die Antwort des Kanzlers.

Reichskanzler von Papen hat dem deutschnationalen Führer eine Antwort zumommen lassen, in der er sich grundsätzlich bereit erklärt, auf die Vorschläge Eugen Bergs einzugehen. Es heißt in dem Brief:

Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichskabinetts eine schwere Belastung für das Reichskabinett in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellen mußten. Bei der Lage, die das Reichskabinett nach Übernahme der Regierung vorfand, war aber zunächst kein anderer Entschluß möglich. Erst nachdem die Reichsregierung in der ausübenden wie in der unteren Politik in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit dem Erbe der vorangegangenen Regierungen zu einem gewissen Abschluß gebracht hat, kann die Aufbauarbeit beginnen. Sie wird dazu beitragen müssen, aus dem bisherigen, mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungsrecht eine nach einem einheitlichen Prinzip in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht geregelte Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Sätze zu beseitigen sein werden. Sand in Hand damit wird eine tief einschneidende Reorganisations- und Finanzreform gehen müssen, durch die sich die Kosten des Verwaltungsapparates der öffentlichen Hand auf das Maß verringern, das der Verarmung Deutschlands entspricht. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen

Schulden eine wichtige Rolle spielen wird. Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen seit geraumer Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen ihre grundsätzlichen Maßnahmen zur Durchführung bringen.

NSDAP. fordert Aufhebung der Preussennotverordnung.

Der nationalsozialistische preussische Landtagspräsident Kerl hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Nach Weidung des Reichskommissariats wird die Verantwortung für die Staatsführung in Preußen der stärksten Partei, nämlich der Nationalsozialistischen, zufallen müssen. Ich muß es überlassen bleiben, neue Wege einzuschlagen, die zu dem Ziele führen müssen, daß endlich mit der Behinderung der wirtschaftlichen Beteiligung des Volkes Schluss gemacht und jedem Arbeitswilligen sein Recht auf Arbeit gesichert wird. Nach meiner ganzen Kenntnis der nationalsozialistischen Ziele und der herbeigeführt wurde. Ich wünsche, daß die Nationalsozialistische Partei nicht nur bereit ist, diese neuen Wege einzuschlagen, sondern auch bereit sein wird, die Verantwortung für eine vielleicht augenblickliche Verschlechterung der Lage zu übernehmen, die durch die Aufhebung der Notverordnung herbeigeführt würde. Ich wünsche, daß jedes Ein-schlagen neuer Wege nur dann wirksam sein kann, wenn diese Wege mit einem vertrauensvollen Volke bestritten werden, möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in ihrer Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident bitten, dem Kabinett die Aufhebung der Notverordnung vorzuschlagen und ihre Aufhebung durchzuführen.

Kerl gegen die frühere Preußenregierung.

Der nationalsozialistische preussische Landtagspräsident Kerl hat an den Reichskanzler ein

Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die Erklärung der früheren preussischen Minister zum Urteil des Staatsgerichtshofes wendet. Die Erklärung lasse nicht nur jedes Selbstgefühl, sondern auch jene Zurückhaltung vermissen, die man von hohen Beamten gegenüber dem Reichsgerichtshof erwarten müßte. Für ihn, Kerl, scheie es sehr, daß die Maßnahmen gegen die früheren preussischen Minister verfassungsmäßig zulässig sind und unbedingt notwendig waren.

Weitere Enthaltungen über Verwendung von Staatsgeldern.

Von nationalsozialistischer Seite werden Briefe und Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß eine Reihe der früheren preussischen Regierung nachstehenden Zeitungen aus allgemeinen Steuermitteln unterstützt worden sind. Die Finanzierung geschah durch die Zentrale Verlagsgesellschaft in Berlin, die wieder verschiedene Treuhänder hatte, die dann als Strohmann für die Regierung fungierten. In einem Fall sei nachgewiesen, daß an einen solchen Vertrauensmann in zwei Jahren über 400.000 Mark ausbezahlt wurden. Die Summe der so verwendeten Staatsmittel soll in die Millionen e gehen. Es werden dann in den Veröffentlichungen genaue Angaben über die Verantwortlichkeit gewisser Beamter gemacht.

Neuer Untersuchungsausschuß gefordert.

Die nationalsozialistische preussische Landtagsfraktion hat beantragt, zur Prüfung der vom Finanzministerium ohne Wissen und Willen des Landtages über die Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H. und nach angegebener Mittelsumme veranlagte allgemeine Steuergebühren einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Als verantwortliche Männer für die Verschwendung von öffentlichen Geldern können in Frage Staatsminister a. D. Dr. Höpfer, A. Schöff, Staatsminister a. D. Dr. Klepper und vor allem Dr. Kerl, der an dem beiden Ministerien tätig gewesen der Staatspartei angehörende Staatssekretär Schlemmer.

Eine politische Sensation

Reichswehrminister v. Schleicher im Mundfunk — Das Echo der Rede im In- und Auslande

Von Schleicher über die Reichswehr.

Reichswehrminister General von Schleicher sprach zum erstenmal im Mundfunk. Es war zugleich die erste Rede, die der General seit der Übernahme des Reichswehrministeriums an die Öffentlichkeit richtete. Er begann seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen, die, wie er sagte, „einem Teil der Hörer eine gewisse Enttäuschung bereiten“: Ich bin

ein Freund des militärischen Ausnahmestandes

und ich bin erst recht sein Freund von Miltärdiktatur, und das nicht etwa obwohl, sondern weil ich Minister für die Wehrmacht bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten besonders unangenehm: das Politziv verwendet und in die Politik hineingezogen zu werden. Beides aber fällt sich beim militärischen Ausnahmezustand nicht vermeiden. Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der zu einem bestimmten Zweck über Berlin und Brandenburg verhängte Ausnahmezustand so bald wie möglich wieder aufgehoben wurde.

Der Minister zitierte dann seine kurze Erklärung an die Presse anlässlich seines Amtsantritts, deren Hinweis auf die Zukunft ihn von einem Teil der Hörer aufgenommen worden sei, da doch in den vergangenen Jahren alles geschehen ist, um das Ziel —

Deutschlands Grenzen zu schützen und die nationale Sicherheit zu gewährleisten —

zu erreichen. Das hat mich ehrlich erntet. Es hat mir wieder gezeigt, wie gern und leicht der Deutsche sich Illusionen hingibt, zumal wenn es ihm in seine Parteirechtung paßt. Die nächste Tatsache ist doch die, daß kein anderes europäisches Land in so geringem Maße die Sicherheit besitzt, nach der, so paradox es klingt, gerade die stärkste Militärmacht der Welt unangefochten ruht. Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Klage aus dem Saal.

Zum Beweis dessen zitierte der Minister die jüngsten Äußerungen des Generalberichterstatters des französischen Staatshaushalts über eine Verstärkung der neuen französischen Verstärkungen, die, wie der Berichterstatter sagte, völlige Sicherheit gäben und denen kein Gegner widerstehen könne. Man vergleiche diesen Bericht mit dem Verhalten und den Anträgen der französischen Abordnung in Genf. Eine treffende Kennzeichnung dieses Verhaltens verbietet mir meine internationale Schlichter. Wohl aber fordern derartige Tatsachen immer auch neue den Verlaufe mit der völligen Unsicherheit Deutschlands heraus.

Wie könnte Deutschland Sicherheit bekommen?

Theoretisch auf zwei Wegen: 1. Indem die Rechte bis auf meinen Nützlichkeitsstand abrücken, was zu feil und moralisch verpöndlicht ist. „Wann ist ein Schicksal eine Verteidigungswaffe?“ wurde einmal gefragt. „Wenn es die britische oder amerikanische Klage führt“, lautet die Antwort eines anderen Sachverständigen. Ich glaube, diese öffentlichen Worte sagen mehr als die schönsten diplomatischen Formeln, die den Tatsachenproblemen Mithilfe der Wirklichkeitskonkretion werden wollen. Wir können 2. die Sicherheit erreichen, indem wir unsere Wehrmacht zu umbauen — nicht ausbauen —, daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt.

Ich möchte im Anchluss an die deutsche Schlussklärung in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweiten Weg gehen werden, wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorenthalte. Ich weiß wohl, daß mir von ästhetischen Gemütern sofort unsere schlimme Finanzlage entgegengehalten wird. Aber ich kann diese Kritiken sagen, daß eine moderne, ihren Zweck wenigstens einigermaßen erfüllende Wehrmacht nicht weniger ist als die Wehrmacht des Versailles. Diese Gründe in unserer gespannten Finanzlage hat jeder für die Wehrmacht auszugehene Ferning den höchsten Nutzwert für die Landesverteidigung.

Reichswehrminister von Schleicher kam in seiner Rede ...

Der Minister betonte, daß solange er in seiner Stellung ...

Minister von Schleicher kam sodann auf die ... die verschiedenen politischen Verbände ...

Ich weiß natürlich ganz genau, daß in den Verbänden ... auch mangelhafte Zummehrungen und Übertreibungen ...

Der Reichswehrminister trat dann für den Siedlungsgedanken ein, der gerade im Osten auch für ...

Reichswehrminister von Schleicher schloß seine Ausführungen ... Zum Schluß lassen Sie mich noch einmal auf die Militärdiktatur ...

Zurückkommen. Zunächst glaube ich, daß sich unter Militärdiktatur ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen ...

und die Stellung übertriebener Wirtschaftsformen oder unhaltbarer Wirtschaftskrisise gesprochen werde ...

Die Pariser Blätter

haben sich besonders an die Stelle der Rede, in der der Minister den Umbau der deutschen Wehrmacht ankündigt ...

Die englische Presse

berichtet ebenfalls ausführlich über die Kundgebungen des deutschen Reichswehrministers. Die „Times“ erklärt u. a. ...

Schwere Vorwürfe gegen Brüning.

In Wahlplatt spielt wie früher die Behauptung wieder eine Rolle, Brüning habe wiederholt, aber vergeblich den Versuch gemacht ...

Das Urteil gegen die Dortmunder BW-Direktoren.

In dem Strafprozeß gegen die früheren Generaldirektoren der Elektrizitätswerke Westfalens in Dortmund fällt das Gericht folgendes Urteil: Dr. Krone und Dr. Fischer zu Gefängnis verurteilt ...

Der Erfolg des Sängerbundesfestes.

Die Generalabrechnung über das Deutsche Sängerbundesfest ist nicht vor Mitte August zu erwarten ...

Austritt aus dem „Deutschen Bannentum“.

Berlin. Der Verein der Beamten der höheren Reichsbehörden hat, wie er mittelt, seine Mitgliedschaft im „Deutschen Bannentum“ am 31. Dezember gekündigt ...

Aufhebung des Belagerungszustandes

Durch Verordnung des Reichspräsidenten.

Der vor etwa einer Woche über die Reichshauptstadt und die Provinz Brandenburg verhängte Ausnahmezustand ...

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wurde ich: Die Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 ...

Die wichtigste Aufgabe der Polizei.

Ein Rundschreiben Dr. Bracht an die Polizeibehörden. Der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat an sämtliche Polizeibehörden folgenden Rundschreiben erlassen: „1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ...“

Preußens Vertretung im Reichsrat.

Die Aufstellung der Reichsregierung. Die Ausschüsse des Reichsrats für innere Verwaltung, Verkehrsweesen, Reichsfragen und Volkswirtschaft berieten unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gahl die Einzelheiten der von der Reichsregierung beabsichtigten Neuregelung des Rundfunkwesens ...

Die Reichsfrage sei so lange in der Schwebe, bis eine Einigung des Staatsgerichtshofes gefallen ist. Rechtsvermehrung der Ländervertreter. Eine Reihe von Ländern haben formell Rechtsvermehrung gegen die Ausschüßerverhandlungen des Reichsrats eingeleitet ...

Die Ausschüsse des Reichsrats für innere Verwaltung, Verkehrsweesen, Reichsfragen und Volkswirtschaft berieten unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gahl die Einzelheiten der von der Reichsregierung beabsichtigten Neuregelung des Rundfunkwesens ...

Nationalsozialistische Strafanzeige.

Gegen das heftige Gesamtministerium. Von der Gauressellschle Darmstadt der NSDAP wird u. a. mitgeteilt: Die Mehrzahl der in der Vergangenheit ...

Gronaua Ozeanflug gelungen.

An der Küste von Labrador gelandet. Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist in Cartwright, einem kleinen Fischerdorf an der Küste von Labrador, gelandet. Der Ausrüstung über Island-Gronau ...

Hellmuth Hirth schwer verunglückt.

Der Flieger Hellmuth Hirth ist auf dem Flugplatz Bötlingen in Württemberg schwer verunglückt. Bei Arbeiten an einem für einen Europaflug bestimmten Flugzeug ...



Saison-Schlussverkauf

Ganz bedeutende Preiserabsetzungen in allen Abteilungen

E. G. Holzhausen

Seit 120 Jahren Qualitätsware

Lutherstadt Wittenberg

Am Schützenfest-Sonntag, dem 31. Juli, von 12-4 Uhr geöffnet

In den Konfektions-Abteilungen:
Moderne Kleider
Schöne Mäntel
Strick-Konfektion
Anzüge / Ulster

Saison-Schluss-Verkauf

von Donnerstag, 28. Juli, bis 11. August!

billig - billiger - am billigsten!
in allen Abteilungen meines Lagers!

Nessel, ungebl., 70 cm br.	Mtr. v. 20 Pf. an
Nessel, ungebl., 140 cm br.	Mtr. v. 58 Pf. an
Hemdentuch, 70 cm br.	Mtr. v. 28 Pf. an
Stangenleinen, 80 cm br.	Mtr. v. 68 Pf. an
Stangenleinen, 130 cm br.	Mtr. v. 1.10 Mk. an
Betttücher, 140:200	Stück v. 1.25 Mk. an
Hemdenbarchend, weiß und gestr.	Mtr. v. 42 Pf. an
Waschseide, bedruckt	Mtr. v. 55 Pf. an
Wollmuslin, bedruckt	Mtr. v. 75 Pf. an
Voile, bedruckt	Mtr. v. 48 Pf. an
Landhausgardinen	Mtr. v. 20 Pf. an
Damenstrümpfe, Flor	Paar v. 25 Pf. an
Damenblusen	v. 95 Pf. an
Damenkleider	v. 1.50 Mk. an
Damenmäntel	v. 6.50 Mk. an
Kinderkleider	v. 85 Pf. an
Kinderschlüpfer	v. 28 Pf. an
Damenschlüpfer	v. 48 Pf. an

Diese nur einige Beispiele; meine Schaufenster zeigen Ihnen meine Auswahl!

Sämtliche Sommerware, 10% billiger!
Stoffe und Konfektion und Rabattmarken!

Emil Bortfeld

Freitag, den 29. Juli, abds. 8 Uhr
im Lokal „Neue Welt“

Defftl. Einwohner-Versammlung.

Thema: „Sturm gegen Hitler-Barone“.

Redner: Landtagsabgdn. Stetter-Berlin.

Wähler und Wählerinnen erheint reiflos!
Holt Euch Aufklärung! Unkostenbeitrag 10 Pf.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Annaburg.

Gesang-Verein „Sorgenfrei“.
Dem verehrten Publikum zur Kenntnis, das unser
Belangverein Freitag, Sonnabend und Sonntag im
Palast-Theater zum 1. Male öffentlich auftritt, wo-
zu herzlich einladet
Der Präsident:
Ralph Arthur Roberts.

Singe, wenn Gesang gegeben, aber linge nie danken!
Ein toller Schmach voll Gemüt und Humor, ein
edles Volksstück, ist der prächtige Tonfilm:
Gesang-Verein „Sorgenfrei“.

Mit: Ralph Arthur Roberts, Julius Falken-
stein, Hermann Bida-
Je older desto toller!! Sie lachen sich krank!!
Und das nette Beiprogramm.

Palast-Theater

Übernehme

Lohndrusch

und unentgeltliche Einlagerung
von gedroschenem Getreide.

E. Klausenitzer.

Das althergebrachte Heimatfest des Kreises,
Die Wittenberger Vogelwiese,

findet v. Sonntag, d. 31. Juli, bis Sonn-
tag, d. 7. Aug. 1932, auf der Auhlache statt

Wir laden recht herzlich ein und bitten,
recht zahlreich zu kommen und die Sorgen
auf einige Stunden zu Hause zu lassen.

Die Schützen-Gesellschaft.

Saison-Schluss-Verkauf!

bis Sonnabend, den 6. August.

Um Was für Neueingänge zu schaffen
heißt die Parole:

Raus mit den Schuhen!

Im wahren Sinne des Wortes „Spottpreise!“
Auch für den kleinsten Geldbeutel ist
eine reiche Auswahl von **Qualitäts-
Schuhen** teilweise bis unter die
 Hälfte des Wertes herabgesetzt!

Solche Preise! Das gibt's nur einmal,
das kommt nicht wieder!

Farbige Damenschuhe von 4.50 M. an
Schwarze und farbige Herrenhalbschuhe
von 7.50 M. an

Wer sparen will, kauft jetzt! Darum beehren Sie
mich mit Ihrem Besuch und überzeugen Sie sich, was
diesmal geboten wird.

Annaburg. Max Freidank,

Schuhmachermeister.

3 Zimmer-Wohnung

m. Küche u. Innenklosett
sodort oder zum 1. Septbr.
zu vermieten. Zu erfragen
in der Exped. des Blattes.

Eine Stube

(parterre) mit Kochgelegen-
heit, Boden und Stall, so-
fort zu vermieten
Gärtnerstr. 8.

In meinem Hause, Tor-
gauerstr. 9 ist die

I. Etage

zu vermieten.
Herm. Meyer sen.

Näherinnen

(Heimarbeit) gesucht.
Zeisch, Torgauerstr. 5.

Johannisbeeren

zu den billigsten Tages-
preisen verkauft
O. Scheibe.

Internatliebe Str. 30 Wl.

Welschbrot
Nierenpögel
Seradella
Johannesroggen
Winterweiden
Sommerweiden
Welschbrot
Erbsen, Senf
empfeht
Adolf Weicholt jun.

Koll-Anhänger

Frachtbriefe
empfeht die Buchdruckerei

Zwangs-Versteigerung.

Am 29. Juli 1932, vorm. 11 Uhr, versteigere ich
öffentlich mittelst Notar gegen Barzahlung im Gäßhof zum
goldenen Ring in Annaburg: 1 Piano (Aufbaum),
Säge und 1 Grammophon mit Platten.
Die Gegenstände sind anderweitig gepfändet.
Gallo, Obergerichtsvollzieher in Brettn.

Lohndrusch

und Anfuhr führt aus
Wilhelm Kunze.

Zu enorm herabgesetzten Preisen!

empfehle:

**Woll- und Waschmufeline,
Zephir, Seiden-Leinen,
Ripse, Sport- und Wochen-
endhemden, Kinder-Kleider
von 1.- Mk. an, Damen-
Strümpfe, Herren-Socken,
Hosenträger u. Sockenhalter**
Seb. Schimmeyer

Nierenpögel
Welschbrot
Sommerweiden
Winterweiden
Seradella
Herbstweiden
festlich eingetroffen.

J. Kühlig's Nachf.

Inh.: Martha Müller
Mühlstr. 40.

Erfrischende Getränke

für die heiße Jahreszeit!
Zitronenmoit
Orangeade
Himbeerjaft
Kirchjaft
Isir und in Flaschen
empfeht
J. G. Fritzsche.

Saison-Schluss-Verkauf

Enorm billig,
und doch beste Qualitäten!

Hemdentuch 80 cm feinfädig	0.35, 0.32, 0.28
Nessel 70 cm für Hemden passend	0.50, 0.36, 0.25
Nessel, 140 cm, starke Qualität	0.68
Hemdenbarchend, 78 cm, weiß	
Gebrauchs-Qualität	0.38
Linon, 80 cm, für Bezüge	0.41
Linon, 130 cm, für Bezüge	0.72
Streifsat, 80 cm, für Bezüge	0.72, 0.63
Streifsat, 130 cm, für Bezüge	1.08, 0.90
Damast, 80 cm, gute Qualität, für Bezüge	0.82
Damast, 130 cm, gute Qualität, f. Bezüge	1.08
Damast, 80 cm, Makko, gute Qual., f. Bezüge	1.04
Damast, 130 cm, Makko, gute Qual., f. Bezüge	1.53
Bettkatun, 80 cm	0.36
Tischtücher, 130/160, weiß, gute Qual.	2.48, 2.16

Federdichte Inletts

Damenhemden, volle Größe, 100 cm 1.—, 0.85, 0.60
Damennachthemden m. reich. Stick. 2.—, 1.—
Damenhemd mit passendem Nachthemd farbig Batist 3.26
Polublusen für Damen u. Kinder v. 0.63 an

CARL QUEHL

Die ersten
Zallapfel
eignen sich am besten zum
Apfel-Gelée.
Zallapfel, Pfd. 5 Pf., zu
haben bei
J. G. Fritzsche.

Cellophan-Papier
Salzyl-Papier
für die Einmachzeit empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.,

Prima Sammelfleisch

empfeht
W. Reinfrecht.

Sonnabend auf dem Markt
eine Ladung Einlege-
gurken, Einmach-
schalen, Blaue Oden-
wälder sowie anderes
Gemüse billig.
Adam Ort.

Neue Bollheringe

große Stück 10 Pf.,
kleine 10 Stück 35 Pf.,
Pa. Zett-Büdlinge

Pfd. 50 Pf., empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Vorführtsmäßige

Mietfindungs-
Formulare

hält vorrätig
Herm. Steinbeiß,
Papierhandlung.

Sensen

Senfenbäume
Senfenringe
Wegsteine

Sicheln

Klopphämmer
und Ambosse
Holz-u. eiserne
Rechen

Erntegabeln
empfeht
J. G. Fritzsche.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vergewerft. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspuch auf Verzögerung bezw. Nichtzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 6 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwärzger und tabellarischer Satz mit Ausschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohle.

Nr. 90.

Donnerstag, den 28. Juli 1932.

35. Jahrg.

Die Notverordnungen sollen fallen

Beseitigung der Notverordnungen.

Eine Forderung des Kanzlers in einem Briefwechsel mit Eugenber.

Im Anblick an eine politische Besprechung hat der Führer der Annaburger Sozialdemokratie, Dr. Eugenber, dem Reichskanzler v. Papen ein Schreiben geschickt, in dem er die Aufhebung der von dem Kabinett v. Papen am 14. Juni erlassenen Notverordnung mit der Verschärfung der Einkommensteuer fordert. Weiter hat Dr. Eugenber in diesem Schreiben die Aufhebung der von der abgeleiteten preussischen Regierung erlassenen Notverordnung verlangt, die erhebliche Belastungen für die Beamtenchaft, die Schlachtfleisch und den Wegfall der Hauszinssteuerberechtigung brachte.

In dem Brief an den Kanzler betont Dr. Eugenber, daß er an zwei Maßnahmen der Regierung v. Papen Grund zur Kritik habe: einmal an der Notverordnung vom 14. Juni, dann am Abschluß von Lausanne. Dann heißt es u. a. weiter:

Ich weiß, daß die Regierung während in einem Augenblick zurückgetreten ist, in dem die öffentlichen Kassen leer und Deutschland bankrotter war. Sie, Herr Reichskanzler, haben ein Trümmerfeld übernommen. Trotzdem können wir der Art nicht zustimmen, in der die Finanzfrage angefaßt ist. Wir legen Wert darauf, einmal das einzuführen, was wir zur Zeit des Young-Planes versprochen haben; andererseits nichts dazu beizutragen, das Volk durch den Young-Plan verelenden zu lassen. Deshalb können wir die Finanzmaßnahme der Notverordnung vom 14. Juni 1932, wie letzterzeit schon ausgesprochen, nicht gutheißen. Die Notverordnung enthält Härten, die bei vielen Betroffenen eine verzweifelte Lage erzeugen. Der erste, sofortige Schritt zur Beseitigung unangenehmer Härten müßte auf Grund eines Zusammenwirkens der Reichs- und der preussischen Regierung die Aufhebung der preussischen Finanznotverordnung vom 8. Juni 1932 sein. Der jetzige Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist im so unbedeutender, als damit zunächst keinerlei aufzuhebende Maßregeln verbunden waren. Auf solche war es das ganze Ziel. Nach meiner Auffassung ist die dringende Maßnahme eine grundsätzliche und jeden künftigen staatlichen Eintritt in die Privat Schuldverhältnisse ausschließende Regelung der bestehenden Schuldverhältnisse. Mit einem sofortigen Vorgehen dieser Art würden auch die Gefahren größtenteils abgegrenzt sein, die mit den Ergebnissen von Lausanne verknüpft sind. Wir wissen, daß auch diese durch die Staatsschuldhaft des Kabinetts während fast beendigt waren, aber schon der Mißbrauch, den jetzt Zentrum und Sozialdemokratie mit Lausanne treiben, zeigt, daß unser Vorgehen berechtigt war."

Die Antwort des Kanzlers.

Reichskanzler von Papen hat dem deutschnationalen Führer eine Antwort zukommen lassen, in der er sich grundsätzlich bereit erklärt, auf die Vorschläge Eugenber's einzugehen. Es heißt in dem Brief:

Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichskabinetts eine schwere Belastung für das Reichskabinett in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellen mußten. Bei der Lage, die das Reichskabinett nach Übernahme der Regierung vorfand, war aber zunächst kein anderer Entschluß möglich. Erst nachdem die Reichsregierung in der auswärtigen wie in der inneren Politik, in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht, die Notwendigkeit sah, mit dem Ende der vorangegangenen Regierungen zu einem gewissen Abschluß gebracht hat, kann die Aufarbeitung beginnen. Sie wird darin bestehen müssen, aus dem bisherigen, mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungswert eine nach einem einheitlichen Finanzplan und Wirtschaftspolitiken geregelte Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Härten zu beseitigen sein werden. Sand in Hand damit wird eine tief einschneidende Verwaltungs- und Finanzreform geben müssen, durch die sich die Kosten des Verwaltungsapparates der öffentlichen Verwaltung und des Verkehrs verringern, das der Verengung des Wirtschaftskreislaufes entgegenwirkt. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen

Schulden eine wichtige Rolle spielen wird. Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen seit geraumer Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen ihre grundsätzlichen Maßnahmen zur Durchführung bringen.

NSDAP. fordert Aufhebung der Preußennotverordnung.

Der nationalsozialistische preussische Landtagspräsident Kerrl hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er heißt: Nach Beendigung des Reichskommisariats wird die Verantwortung für die Staatsführung in Preußen der härtesten Partei, nämlich der Nationalsozialisten, zufallen müssen. Ich muß es überlassen bleiben, neue Wege einzuschlagen, die zu dem Ziele führen müssen, daß endlich mit der Behinderung der wirtschaftlichen Betätigung des Volkes Schluss gemacht und jedem Arbeitswilligen sein Recht auf Arbeit gesichert wird. Nach meiner genauen Kenntnis der nationalsozialistischen Ziele und der Pläne zu ihrer Verwirklichung darf ich versichern, daß die Nationalsozialistische Partei nicht nur bereit ist, diese neuen Wege einzuschlagen, sondern auch bereit sein wird, die Verantwortung für eine vielleicht augenblickliche Verschlechterung der Lage zu übernehmen, die durch die Aufhebung der Notverordnung herbeigeführt würde. Ich wüßte nicht, daß jedes Einverständnis neuer Wege nur dann wirksam sein kann, wenn diese Wege mit einem vertrauenden Volke bekräftigt werden, möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in ihrer Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident bitten, dem Kabinett die Aufhebung der Notverordnung vorzuschlagen und ihre Aufhebung durchzuführen.

Kerrl gegen die frühere Preußenregierung.

Der nationalsozialistische preussische Landtagspräsident Kerrl hat an den Reichskanzler ein

Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die Erklärung der früheren preussischen Minister zum Urteil des Staatsgerichtshofes wendet. Die Erklärung lasse nicht nur jedes Tatgefühl, sondern auch jene Zurückhaltung vermissen, die man von hohen Beamten gegenüber dem Reichsgerichtshof erwarten müßte. Für ihn, Kerrl, liege es sehr fern, daß die Maßnahmen gegen die früheren preussischen Minister verfassungsmäßig zulässig sind und unbedingt notwendig waren.

Weitere Enthüllungen über Verwendung von Staatsgeldern.

Von nationalsozialistischer Seite werden Briefe und Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß eine Reihe der früheren preussischen Regierung nachstehenden Zeitungen aus allgemeinen Staatsmitteln unterstützt worden sind. Die Finanzierung geschah durch die Zentrale Verlagsgesellschaft in Berlin, die wieder verschiedene Treuhänder hatte, die dann als Strohmann für die Regierung fungierten. In einem Fall sei nachgewiesen, daß an einen solchen Vertrauensmann in zwei Jahren über 400.000 Mark ausbezahlt wurden. Die Summe der so verwendeten Staatsmittel soll in der Millionenei. Es werden dann in den Veröffentlichungen genaue Angaben über die Verantwortlichkeit gewisser Beamter gemacht.

Neuer Untersuchungsausschuß gefordert.

Die nationalsozialistische preussische Landtagsfraktion hat beantragt, zur Prüfung der vom Finanzministerium ohne Wissen und Willen des Landtages über die Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H. und noch anzugebenden Mittelstellen veranlagte allgemeine Untersuchungsausschuß einzusetzen. Als verantwortliche Männer für die Verschwendung von öffentlichen Geldern kämen in Frage Staatsminister a. D. Dr. Höppler, A. Schöff, Staatsminister a. D. Dr. Klepper und vor allem Dringen der an beiden Ministern tätig gewesene der Staatspartei angehörende Staatssekretär Schlenker.

Eine politische Sensation

Reichswehrminister v. Schleicher in der Rede im In- und Auslande

Von Schleicher über die Reichswehr

Reichswehrminister General von Schleicher zum erstenmal in Rundfunk. Es war zugleich die Rede, die der General seit der Übernahme des Reichswehrministeriums an die Öffentlichkeit richtete. Seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen erregte, „einem Teil der Hörer eine gewisse Begeisterung“. Ich bin mein Freund des militärischen Ruhmes zu Hause und ich bin erst recht mein Freund von Militär, das nicht etwa obwohl, sondern weil ich Militärverehrung bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten unentbehrlich: als Politz verwendet und hineingeworfen zu werden. Beides aber für militärischen Ausnahmestand nicht vermehrt habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der höchste Zweck über Berlin und Brandenburg hinausgehend so bald wie möglich wieder wurde.

Der Minister zitierte dann seine kurze Rede an die Adresse seines Amtsantritts, bei der auf die Zukunft hin von einem Teil der Nationen worden sei, da doch in den vergangenen Jahren alles geschehen sei, um das Ziel — Deutschlands Grenzen zu schützen und die Sicherheit zu gewährleisten — zu erreichen. Das hat auch endlich erlaubt, wieder gezeit, wie gern und leicht der Deutsche sich Illusionen hingibt, zumal wenn es ihm in seine Parteilichung hängt. Die nächste Tatsache ist doch die, daß kein anderes europäisches Land in so geringem Maße die Sicherheit besitzt, nach der, so verabschiedet ist, gerade die härteste Militärmacht der Welt unangefochten ruht. Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Karte aus dem Saft.



Der Minister die jüngsten Berichterstatters des französischen Reichstages über die neuen französischen, wie der Berichterstatter sagte, und denen kein Gegner widerstehe diesen Bericht mit dem Bericht der französischen Abordnung in den Verhandlungen dieses Verhaltens nationale Stilleheit. Wohl aber seien immer auch neue den Verantwortlichkeit Deutschlands heraus.

Sicherheit bekommen?

1. Indem die Mächte bis auf Prüfungen, wozu sie rechtlich sind, und dann ein Einverständnis „Wenn britanische Klage führt“, laute in Sachverhandlungen. Ich glaube, gegen mehr als die schönsten diplomatischen Lausproben Widerstand der beiden wolle. Wir können die in uns unsere Wehrmacht zu machen — daß sie uns wenigstens Sicherheit gibt. Ich habe die deutsche Schlussfolgerung darüber aufkommen lassen, was zu tun werden, wenn wir volle Sicherheit und Gleichberechtigung.

Ich weiß wohl, daß mir von ängstlichen Gemütern sofort immer schlimme Finanzlage entgegengehalten wird. Aber ich kann diese Kritiken sagen, daß eine moderne, ihren Zweck wenigstens einigermaßen erfüllende Wehrmacht nicht teuer ist als die Wehrmacht des Reichs. Gerade in unserer gespannten Finanzlage hat jeder für die Wehrmacht auszugebene Pfennig den höchsten Nutzwert für die Landesverteidigung.